



FANTASIE UND REALITÄT DES NEO-OSMANISMUS

SCHLIESSUNG DER HUNDERTJÄHRIGEN KLAMMER - DIE »NEUE TÜRKEI« IM STRUDEL DER ISLAMISIERUNG
VON ERROL BABACAN

Die Bekämpfung von ISIS durch eine US-amerikanisch angeführte Koalition hat die türkische Innenpolitik nach den Präsidentschaftswahlen in den Hintergrund treten lassen. Indes sind die innenpolitischen Konfliktlinien parallel zum expansionistischen Bestreben der türkischen Regierung eng mit der Konfessionalisierung und Militarisierung in der gesamten nahöstlichen Region verknüpft. Wohin bewegt sich die Türkei unter der AKP, wo liegen die treibenden Dynamiken? Und wie positioniert sich die politische Opposition?

Weiter auf Seite 3

KAMPF UM KOBANÊ, AUSNAHMEZUSTAND IN DER TÜRKEI UND INTERNATIONALE SOLIDARITÄT
VON ERROL BABACAN UND MURAT ÇAKIR

Seit mehr als drei Wochen wird die syrische Stadt Kobanê von schwer bewaffneten Milizen des »Islamischen Staats« (IS) belagert. Die Verteidigungseinheiten der Bevölkerung Kobanês haben trotz hoffnungslos erscheinender militärischer Unterlegenheit lange Zeit ein Eindringen des IS verhindern können. Nun finden offenbar erbitterte Häuserkämpfe statt. Zu befürchten ist ein weiteres Massaker des IS. Die Lage ist dringlich und zugleich komplex, denn der Kampf um Kobanê ist auch einer um die angemessenen Mittel internationaler Solidarität.

Weiter auf Seite 9

ABWENDUNG VON EUROPA? DIE EU UND DAS LIBERAL-KONSERVATIV-ISLAMISTISCHE BÜNDNIS IN DER TÜRKEI

VON AXEL GEHRING

Vor der Juni-Revolution im Jahr 2013 galt die AKP in Europa fast als die türkische Version der CDU. Selbst nach Niederschlagung der Revolution hatte die EU eine ambivalente Beziehung zur Türkei. Doch wendet sich die bisher pro-europäische türkische Regierung – wie einige Indizien dies scheinbar zeigen – von der EU ab und nähert sich dem Osten? Oder führt der Weg zum Westen quer durch den Osten? Es gilt zu verstehen, dass der politische Islam nicht per se in einem Widerspruch zur EU steht, sondern lang tradierte gemeinsame Interessen vorherrschen.

Weiter auf Seite 14

ERDOĞANS DILEMMA II

VON ISMAIL DOĞA KARATEPE UND ÖZGÜR GENÇ

Wie konnte die AKP ihren Erfolg manifestieren? Die Gründe liegen nicht im Charisma Erdoğan's, sondern darin, wie die AKP den islamischen Diskurs als Gemeinsamkeit zwischen Herrschenden und Beherrschten nutzt. Ebenso im Klientelismus: Ohne die neoliberale Linie aus den Augen zu verlieren, erschuf die türkische Regierung die Illusion einer Sozialpolitik. Allerdings stehen der Fähigkeit den Konsens unterschiedlicher Klassen und sozialer Kräfte zu organisieren, eine Ausweitung repressiver Mittel und eine polarisierende Politik gegenüber. Doch Polarisierung kann auch oppositionelle Kräfte vereinen – Erdoğan's Dilemma.

Weiter auf Seite 20

IMPRESSUM

INFOBRIEF TÜRKEI Erscheint unregelmäßig

REDAKTION

Errol Babacan (Frankfurt/M.), Murat Çakir (Kassel), Özgür Genç (Kassel), Axel Gehring (Marburg), Ismail D. Karatepe (Kassel), Anne Steckner (Berlin) und Fitnat Tezerdi (Marburg)
<http://infobrief-tuerkei.blogspot.com>
E-Mail: infobrieftuerkei@gmail.com

V.I.S.D.P.:

M. Çakir, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt am Main

Gefördert von:

EDITORIAL

Der Vormarsch islamistischer Milizen im Irak und in Syrien steht seit einiger Zeit ganz oben auf der Tagesordnung internationaler Politik. Die Bildung einer Anti-IS-Allianz unter der Führung der USA wird begleitet von Forderungen nach verstärkten Kriegseinsätzen und Waffenlieferungen. Im Zusammenhang mit Zielformulierungen der Bundesregierung, eine »neue weltpolitische Verantwortung« übernehmen zu wollen, kann davon ausgegangen werden, dass uns solche Forderungen dauerhaft begleiten werden.

Für viel Diskussionsstoff sorgte auch die distanziertere Haltung der Türkei zur Anti-IS-Allianz. Der Titel dieser Ausgabe - Fantasie und Realität des Neo-Osmanismus – versucht das zugrundeliegende Spannungsverhältnis zu fassen. Sich selbst im Spiegeln der Macht bewundernd, steuert die AKP-Regierung die Türkei geradewegs in den Strudel der Militarisierung und Konfessionalisierung, von dem fast die gesamte nahöstliche Region erfasst worden ist.

Hintergründe dieser Entwicklung in der Türkei beleuchtet der als politische Analyse nach den Präsidentschaftswahlen geschriebene Beitrag »Schließung der hundertjährigen Klammer«. Neben dem Status Quo der neo-osmanischen Ambitionen unter dem Kabinett des neuen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu wird auch die Positionierung der Oppositionsparteien erörtert. Ein Schwerpunkt liegt auf der Diskussion des »radikal-demokratischen« Ansatzes, der von der kurdischen Bewegung zusammen mit linken Kräften formuliert wird. Noch vor dem Angriff auf Kobanê und den Massenprotesten geschrieben, kündigt der Beitrag eine autoritäre und konfessionelle Zuspitzung in der Türkei an. Die Mobilisierung bewaffneter islamistisch-nationalistischer Kräfte während der Massenproteste im Kampf um Kobanê vermittelt einen Vorgeschmack auf diese Dynamik.

Der entschlossene Verteidigungskampf von Kobanê bewirkte schließlich, dass parallel zu den Forderungen nach internationalen Kriegseinsätzen die Frage nach den adäquaten Mitteln internationaler Solidarität auch in der kritischen Öffentlichkeit so kontrovers wie lange nicht mehr geführt wurde. Die spät und zögerlich erfolgte Unterstützung von Kobanê durch Bombardements der USA fachte die Debatte weiter an. Murat Çakır und Errol Babacan

nehmen die Frage der internationalen Solidarität in ihrem Beitrag auf. Sie thematisieren Rojava als ein Gegenmodell zur Konfessionalisierung und Militarisierung im nahöstlichen Raum und rufen zu einer solidarischen Positionierung mit den Kämpfenden auf. Zugleich machen sie auf die kriegspolitischen Fallstricke der lauter gewordenen Forderungen nach deutschen Waffenlieferungen und Kriegseinsätzen aufmerksam.

Die distanzierte Haltung der türkischen Regierung zur Anti-IS-Allianz scheint diejenigen zu bestätigen, die im politischen Islam und den neo-osmanischen Ambitionen eine Abwendung vom Westen zu erkennen meinen. Axel Gehring wendet in seinem Beitrag ein, dass diese Annahme wenig fundiert ist. Einerseits bestehe eine nach wie vor enge und vertraglich fixierte Anbindung der Türkei an die EU. Andererseits stehe der politische Islam nicht per se in einem Widerspruch zur EU. So wie Europa für den Kemalismus einen positiven kulturellen Bezugspunkt darstellte, um die Republik auf einen kapitalistischen Entwicklungspfad zu bringen, stellte es für ein Bündnis aus liberalen, konservativen und islamistischen Kräfte einen ebenfalls positiven Bezugspunkt dar, in diesem Fall jedoch, um eine markt-liberale Öffnung in Abgrenzung zum Kemalismus zu erreichen. Das Bündnis stehe auch heute noch für die Aufrechterhaltung der Beziehungen zur EU.

Schließlich nimmt der Beitrag von Özgür Genç und Ismail Karatepe nochmal die Frage auf, wie es der AKP trotz aller Korruptionsvorwürfe und Proteste gelingt, breite Unterstützung aus der Bevölkerung zu erhalten. Der Fähigkeit, den Konsens unterschiedlicher Klassen und sozialer Kräfte organisieren zu können, stehe eine Ausweitung repressiver Mittel zur Unterdrückung oppositioneller Gruppen entgegen. »Erdoğan's Dilemma« bestehe mehr als ein Jahr nach dem Juni-Aufstand weiterhin in dieser verstärkten Repression, insofern sie die Konsolidierung einer neuen Opposition herbeiführen oder gar forcieren könne.

Eine interessante Lektüre wünscht im Namen der Redaktion

Errol Babacan

SCHLIESSUNG DER HUNDERTJÄHRIGEN KLAMMER - DIE »NEUE TÜRKEI« IM STRUDEL DER ISLAMISIERUNG

VON ERROL BABACAN

Aus den Präsidentschaftswahlen ging der amtierende Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan bereits in der ersten Runde als Sieger hervor. Unmittelbar nach seiner Vereidigung wurde unter der Führung des bisherigen Außenministers Ahmet Davutoğlu ein neues Kabinett gebildet. Als Chefideologe des Neo-Osmanismus proklamiert dieser die Schließung der hundertjährigen Klammer. Gemeint ist die Wiedergewinnung des mit dem Ersten Weltkrieg verlorenen Einflusses auf die osmanischen Protektorate im Nahen Osten und in Nord-Afrika. Wohin bewegt sich die Türkei unter der AKP, wo liegen die treibenden Dynamiken? Und wie positioniert sich die politische Opposition gegenüber dem expansionistischen Bestreben?

DIE HUNDERTJÄHRIGE KLAMMER

Als der politische Islam unter der Führung der AKP im Jahr 2002 seine erste Regierung bildete, wurde von einem glücklichen Zusammenspiel innerer und äußerer Dynamiken gesprochen. Demokratische Reformen im Inland schienen Hand in Hand mit der Annäherung an die Europäische Union und dem Aufstieg zum Modell im Nahen Osten zu verlaufen. Die als Demokratisierung ausgegebene Bekämpfung oppositioneller Machtzentren in den Justizapparaten und der Armee überdeckte jedoch, dass die AKP in erster Linie einen Austausch des bürokratischen Personals organisierte, während sie das institutionelle Setting beibehielt. Parallel errichtete sie im Namen der Terrorismusbekämpfung das Fundament für die anschließende Massenverfolgung gesellschaftlicher Opposition. Unterdessen wurde der konservative Islam Schritt für Schritt zum neuen kulturellen Leitbild aufgebaut, das sich heute wie ein Panzer um die kapitalistische Expansionsdynamik neoliberaler Prägung legt.

Tragische Folgen hatte diese Entwicklung für die säkulare und republikanische Bevölkerung, für die Linke und - durch die desaströsen »Arbeitsunfälle« immer wieder offengelegt - für die große Masse der Werktätigen, sowie für Frauen, die den verschiedenen Facetten von Gewalt unter dem Druck des konservativen Frauenbilds ausgesetzt sind. Die als Demokratisierung begrüßte innere Dynamik

bedeutete in Wahrheit nichts anderes als die Reformierung der Gesellschaft unter der Kontrolle des politischen Islam. Mit dem Abrücken von der politischen Integration in die EU und der Pleite des unter US-amerikanischer Führung entwickelten Leitbilds eines »moderaten Islam« für die Region hat sich die lange Zeit hoch gehaltene äußere Dynamik ebenfalls als Reinfluss entpuppt.

Seit einiger Zeit ist nun die Rede von einem neuen Zusammenspiel innerer und äußerer Dynamiken. Erdoğans Präsidentschaft wird als Fanal der inneren Dynamik gedeutet. Die Einheit von Staat und Volk, so die in islamistischen Medien verbreitete Vorstellung, sei auf allen Ebenen wiederhergestellt worden. Das gläubige Volk habe sein gläubiges Oberhaupt gefunden. Diese über kulturelle Werte imaginierte Identität zwischen dem Herrscher und seinem Volk, im konservativ-liberalen Lager auch als »Volksnähe« oder »Authentizität« idealisiert, bildet die ideologische Grundlage für das Präsidialsystem, das der AKP vorschwebt.

Der ausgeschiedene Staatspräsident und Mitbegründer der AKP, Abdullah Gül, stand noch für einen Ausgleich zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie. Bei der Bildung des neuen Kabinetts wurde er trotz expliziter Interessenbekundung übergangen, gar ausgeschlossen. Offensichtlich neigt sich das kurze Zusammenspiel zwischen parlamentarischer Demokratie und politischem Islam seinem Ende zu. Das Vorhaben einer präsidentiellen Demokratie ist allerdings nicht förmlich entschieden. Eine parlamentarische Mehrheit für eine neue Verfassung kommt weiterhin nicht zustande. Auch die Kapitalfraktionen sind in dieser Angelegenheit gespalten. Eine ganze Reihe von Unternehmerverbänden signalisiert Unterstützung, der größte Unternehmerverband TÜSIAD äußert sich jedoch skeptisch. Folglich ist mit weiterem Widerstand zu rechnen.

Doch auch ohne einen Systemwechsel ist die Tendenz zur Zentralisierung politischer Macht, zur Aufhebung der Gewaltenteilung und zu ausnahme-

staatlichen Regelungen deutlich. Zur Disposition stehen zusammen mit der parlamentarischen Demokratie und der Gewaltenteilung inzwischen auch die republikanische Verfassung mit staatsbürgerlichen Rechten, im Besonderen Frauen- und Arbeiterrechte. In der islamistischen Presse werden sie als eine Irrung der vergangenen hundert Jahre thematisiert, da sie die Türkei geschwächt hätten.

Ideologisch verbrämt wird die innere Dynamik auch als »islamische Revolution« oder als »hundertjährige Säuberung«. In der Denktradition Samuel Huntingtons stellt Davutoğlu der »westlichen Zivilisation« die »islamische Zivilisation« gegenüber. Deren Träger soll eine neue islamische Elite sein. Unterstrichen wird dieses Ansinnen durch eine Vielzahl an Maßnahmen, allen voran die Konfessionalisierung von Erziehung und Bildung. Ein Beispiel mag den erreichten Stand illustrieren: Die Zahl der Gymnasien mit religiösem Schwerpunkt, die eine intensive Ausbildung in Theorie und Praxis des sunnitischen Islam und die arabische Sprache vermitteln, hat sich in zehn Jahren verdoppelt. Die aktuell knapp 700.000 eingeschriebenen GymnasiastInnen an diesen Schulen bedeuten eine Steigerung um 50% im Vergleich zum Vorjahr.

Hundert Jahre, so der neue Ministerpräsident Davutoğlu, dauerte auch die gegenseitige Isolation der »Völker« nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reichs. Die »Neue Türkei«, so die Sprachregelung, werde diese Isolation durchbrechen und zusammenführen, was zusammen gehöre. Hinter dieser »Zusammenführung« stehen handfeste Interessen. Angestrebt wird die Kontrolle über Handelswege sowie Teilhabe an den Erdöl- und Erdgasfeldern in der unmittelbaren Nachbarschaft, die sich in der vergangenen Dekade zu einer »post-modernen« Kolonie der Türkei entwickelte. Der Warenexport in die Region, deren Produktivkräfte weit unterlegen daher leicht zu dominieren sind, stieg ebenso sprunghaft an wie der Kapitalexport. Zusammengenommen sind dies ausreichend Gründe für die energiehungrige Türkei, die Region als ihre Einflussosphäre zu betrachten.

Von einem Demokratie-Modell ist keine Rede mehr aber die außenpolitischen Ambitionen sind geblieben. Die Destabilisierung von Staaten in der Region wird als neue äußere Dynamik begrüßt, die es zu nutzen gelte. Islamistische Bewegungen werden von den neo-osmanischen Strategen bei der Verfol-

gung ihrer Ziele als Bündnispartner betrachtet. Wie inzwischen auch in den etablierten Medien berichtet wird, leistet die türkische Regierung der kriegesischen Radikalisierung in der Region Vorschub, indem sie militante IslamistInnen zum Sturz der syrischen Regierung unterstützt. Hinzu kommt das Ziel der Bekämpfung des syrisch-kurdischen Autonomiemodells Rojava. Allerdings geht dies mitnichten auf eine abstrakte Kurdenfeindschaft zurück. Vielmehr entzieht sich Rojava dem expansionistischen Zugriff der Türkei. Die Destabilisierung des Irak durch Unterstützung der irakisch-kurdischen Autonomiebehörde gegenüber der Zentralregierung in Bagdad bildet dagegen seit Jahren eine Konstante türkischer Außenpolitik.

Die komplexe Gemengelage am Kreuzungspunkt regionaler und globaler Interessen birgt allerdings das Potential, die neo-osmanische Führungsstrategie genauso als Hirngespinnst aussehen zu lassen, wie die Demokratisierung durch Annäherung an die EU. In Nord-Afrika ist die Türkei inzwischen in die politische Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Die Ausrufung des Kalifats »Islamischer Staat« durch ISIS und eines weiteren Emirats durch einen Al Kaida-Ableger in Syrien sind dagegen Ausdruck neuer Kräfteverhältnisse. Heute scheinen Saudi-Arabien und Katar die Führung in der Region übernommen zu haben und maßgeblich hinter den radikal-islamischen Bewegungen zu stehen.

Die Realisierbarkeit der neo-osmanischen Expansionsstrategie ist daher überaus fraglich. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, wie die enge Verflechtung der Türkei mit der Dynamik in der Region, die zunächst von NATO-Staaten angeschoben wurde, nun aber von Organisationen bestimmt wird, die nur die Wahl zwischen totaler Unterwerfung, Flucht oder dem Tod lassen, auf die Türkei zurückwirkt. Während die Türkei ein Transitland für Islamisten aus der ganzen Welt geworden ist und türkische Staatsbürger auf Seiten islamistischer Organisationen kämpfen, organisieren sich militante Islamisten auch in der Türkei und halten Versammlungen ab. Zu erwarten ist, dass eine Organisation wie ISIS, die die Unterwerfung aller Muslime unter ihre Führung fordert, früher oder später auch den politischen Islam in der Türkei vor Entscheidungen stellen wird. Dass die türkische Regierung hinsichtlich der US-amerikanischen Pläne zur Bekämpfung von ISIS keine Begeisterung erkennen lässt und Kritik an den grausamen Praktiken der radikalen

Islamisten so gut wie gar nicht zu vernehmen ist, eher sogar Verständnis geäußert wird, deutet darauf hin, dass dieser Zeitpunkt bereits gekommen ist. Zwar positioniert sich die Türkei nach langem Zögern nun an der Seite des Bündnisses gegen ISIS und bezeichnet letztere sogar als Terrororganisation, welche tatsächlichen Maßnahmen gegen radikale und militante Islamisten ergriffen werden, ist jedoch nach wie vor offen. Das Zusammenkommen der »islamischen Revolution« im Innern mit der radikal-islamistischen Dynamik lässt jedenfalls eine konfessionelle Zuspitzung des konservativen Islam befürchten.

MODERATER ISLAM REVISITED

Währenddessen hält der Umbruch in der größten Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei) an. Die Strategie der rechts-populistischen Öffnung bei den Kommunalwahlen im März 2014 zeitigte nicht den erhofften Erfolg. Deren Weiterführung durch Aufstellung eines Islamisten zum Präsidentschaftskandidaten gemeinsam mit der faschistischen MHP (Nationalistische Bewegungspartei) entpuppte sich dagegen als regelrechter Flop. Der Wählerzuspruch blieb unter dem kumulierten Kommunalwahl-Ergebnis beider Parteien. Folglich rumorte es in der Partei, eilig wurde ein außerordentlicher Parteitag zusammengerufen. Gefordert wurde ein Neuanfang, heraus kam ein mit weiterer islamistischer Prominenz ergänzter Vorstand unter dem alten Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu.

Kılıçdaroğlu war vor einigen Jahren mit dem Versprechen angetreten, die Partei zu demokratisieren. Davon ist lediglich eine Öffnung nach rechts übrig geblieben. Seine jüngste Bewerbungsrede spricht Bände. Aufräumen werde er mit den »elitär-schwätzenden Raki-Runden« und »kleinen Fürstentümern« in der Partei, eine Partei sei schließlich kein »akademischer Debattierklub«. Die Diffamierung interner Opposition mittels Bildern, die jahrzehntelang als Kampfbegriffe islamistischer Provenienz fungierten, zeigt das Elend einer Partei auf, die sich verzweifelt als bürgerliche Mehrheitsbeschafferin zu profilieren versucht und sich dabei in den Strudel der Islamisierung stürzt.

Doch warum wendet sich die Partei nach einem landesweiten Aufstand, dessen Trägerschaft sich vor allem aus ihrer sozialen/kulturellen Basis zusammensetzte, noch weiter nach rechts als zuvor? Warum führt eine so breite Protestbewegung gegen

Autoritarismus und islamischen Konservatismus dazu, dass die CHP diese nun sogar in ihre Leitlinien integriert und sich noch weiter von säkularen und republikanischen Zielen entfernt?

Offensichtlich ist, dass die EntscheidungsträgerInnen in der Partei so weit von den libertären und anti-neoliberalen Dynamiken des Aufstands entfernt sind, dass sie bestenfalls einen populistischen Bezug herstellen können. Doch selbst dies bleibt weitgehend aus. Stattdessen dominiert die Überzeugung, dass eine Mehrheit nur über konservativ-religiöse Anrufung zu erreichen ist. Die Partei hat der Islamisierung nichts entgegenzusetzen und tendiert dazu, diese als unumstößliche und unveränderliche Tatsache ihrer neuen politischen Ausrichtung zugrunde zu legen. Damit bestärkt sie, ganz im Sinne des politischen Islam, die Autorität der Religion und gibt den Kampf um eine säkulare Gesellschaft verloren.

Die strategische Entscheidung, die Auseinandersetzung um Mehrheiten mittels einer kultur-politischen Anpassung zu führen und gleichzeitig auf eine ernstzunehmende sozial-demokratische Agenda zu verzichten, lässt Schlüsse auf die bestimmenden Triebkräfte zu. So verliert die Partei kaum ein Wort über die Lage der informell, sprich prekär und unter miserablen Bedingungen beschäftigten Werktätigen. Der sogenannten Stadterneuerung und den riesigen Infrastrukturprojekten unter dem Diktat kapitalistischer Verwertungsinteressen steht sie grundsätzlich positiv gegenüber. Offenbar handelt die Parteispitze unter dem Druck des mächtigen Verbands TÜSIAD, der die international am stärksten verflochtenen Unternehmen repräsentiert. Wie erwähnt, lehnt TÜSIAD im Gegensatz zu den meisten anderen Unternehmerverbänden das Präsidialsystem ab. Dass die USA seit geraumer Zeit die CHP hofiert, ist ein weiteres Indiz für den Formierungsversuch einer konkurrenzfähigen neoliberalen Alternative zur AKP. So präsentiert sich das Projekt CHP als ein von Machtkämpfen in den oberen Etagen der Gesellschaft dominiertes Unterfangen, der Partei einen »moderat-islamischen« Anstrich zu verpassen, obwohl dieser nicht zur säkularen Parteibasis passt.

Während die CHP im Innern die Islamisierung affirmativ nachvollzieht, stellt sie für das expansionistische Bestreben und die angestrebte Führungsrolle der Türkei in der Region keine strategische

Orientierung bereit. Die Adaption eines »moderaten Islam« impliziert allerdings auch eine außenpolitische Anpassung, die die Partei auf ein weiteres Abrücken von ihrer ethnisch nationalistischen und säkularen Ausrichtung festlegt. Unter dieser Perspektive erscheint die Annäherung zwischen der CHP und der islamistischen Gülen-Bewegung, die lange Zeit eine Schlüsselrolle in der AKP einnahm und zuständig für die polizeilich-juristische Repression sowie die infamsten Schmutzkampagnen und Verschwörungstheorien gegenüber der gesellschaftlichen Opposition war, in einem neuen Licht. Seitdem die Gülen-Bewegung, deren Führung im US-amerikanischen Exil verweilt, sich von der AKP abgespalten hat, mobilisiert sie ihr breites Netzwerk je nach Erfolgsaussichten für die CHP oder die MHP. Deutlich ist, dass neue Bündnisoptionen ausgelotet werden, um ein integrales Projekt in Abgrenzung zur AKP zu formulieren.

NÖTE UND SCHWIERIGKEITEN EINER GESELLSCHAFTLICHEN ALTERNATIVE

Bei den Präsidentschaftswahlen konnte die Demokratische Partei der Völker HDP mit ihrem Kandidaten Selahattin Demirtaş einen Schritt nach vorne verbuchen. Mit einem Ergebnis nahe an Zehn-Prozent wurden sowohl die verlorenen Stimmen in der kurdischen Wählerschaft zurück als auch neue WählerInnen hinzu gewonnen. Die Verdopplung der absoluten Stimmen gegenüber den Kommunalwahlen kann einerseits damit erklärt werden, dass der sunnitische Rechtsruck der CHP diese für die säkulare und alevitische Bevölkerung unattraktiver macht. Andererseits hat die sich der AKP zuwendende kurdische Bevölkerung durch die von radikalen Islamisten ausgehende Gewalt im irakischen Sindschar-Gebirge vor Augen geführt bekommen, dass sie ohne die Guerillaorganisation PKK schutzlos ist.

Die mit dem Etikett »radikale Demokratie« versehene Wahlkampagne baute auf einen egalitären Diskurs. In der HDP organisieren sich einige linke Gruppen, die die allgemeine Ausrichtung an Gleichheitsidealen unterstützen. Aus ihrer Sicht vereint die Partei die fortschrittlichsten sozialen Tendenzen des Landes und umfasst mit der kurdischen Bewegung die einzige breit verankerte Kraft mit einer Offenheit für sozial-kritische Positionen [1]. Im Mittelpunkt der Emanzipationsziele der Partei stehen die Anerkennung und Gleichstellung unterschiedlicher Glaubensbekenntnisse, ethni-

scher Identitäten sowie eine an Gleichstellung orientierte Geschlechterpolitik. Dass diese Orientierung in einer von ethnischen, religiösen und patriarchalen Dynamiken dominierten Region einen Resonanzboden fand, bestätigt den Trend des Juni-Aufstands, wonach demokratische Versprechen gepaart mit linken Inhalten gleichfalls einen Auftrieb erfahren haben.

Inwiefern aus der »radikalen Demokratie« jedoch mehr als eine Absichtserklärung und parteiinterne Quotenregelungen werden können und in welche Richtung die widerspruchsvolle Beziehung zwischen der kurdischen Bewegung und linken Gruppierungen sich entwickelt, hängt von vielen Faktoren ab. Zunächst befindet sich die kurdische Bewegung - mit Abstand stärkste Kraft in der HDP - in einem geheimen Verhandlungsprozess mit der Regierung. Der Waffenstillstand hält bereits seit zwei Jahren an und viele politische Gefangene wurden aus der Untersuchungshaft entlassen. Welche Zugeständnisse zu welchem Preis gemacht werden, entzieht sich jedoch der Öffentlichkeit. Noch so viele Beteuerungen der kurdischen Bewegung, dass sie keinen Kuhhandel mit der AKP eingehen und beispielsweise im Gegenzug für Hafterleichterungen für Abdullah Öcalan oder einige kulturelle/sprachliche Freiheiten einem Präsidialsystem zustimmen werde, können diese Befürchtung nicht entkräften.

In dieser intransparenten Situation entwickeln bereits sehr kleine Gesten eine hohe symbolische Kraft. Bei der Vereidigung Erdoğan verließ die CHP unter Protest den Saal und begründete dies mit dem Verfassungsbruch, den Erdoğan's Weigerung darstellte, sein Ministerpräsidentenamt mit der Wahl zum Präsidenten sofort niederzulegen. Währenddessen applaudierten einige HDP-Abgeordnete Erdoğan. Die HDP erklärte, es sei eben staatliche Gepflogenheit bei einer solchen Feier zu applaudieren. Dass eine Partei, die sich die radikale Demokratie auf die Fahnen schreibt, mit institutionellen Gepflogenheiten argumentiert und einen Verfassungsbruch beklatscht, empfanden viele als eklatanten Widerspruch. Sofort wurden Spekulationen laut, es habe wieder geheime Verhandlungen gegeben, die der eigentliche Grund für den Applaus gewesen seien. Solange solche Verhandlungen geheim bleiben, wird die Glaubwürdigkeit der HDP unter einem dicken Fragezeichen stehen, während die Nähe zu Erdoğan den Wählerzuwachs sehr schnell wieder schwinden lassen kann.

Hinzu kommt, dass die kurdische Bewegung transnational ausgerichtet ist und unterschiedliche soziale Kräfte umfasst. In ihr organisieren sich auch kurdische Unternehmer oder solche in spe, die die neo-osmanische Expansionsstrategie mehr oder weniger deutlich begrüßen. Sie rechnen sich gute Chancen aus, an der Ausbeutung von Ressourcen teilzunehmen und sehen Kurdistan im Länderviereck Türkei, Syrien, Irak und Iran als Knotenpunkt eines neuen Eldorado. Wenn wiederum Demirtaş an die Adresse von Industriellen gerichtet dazu aufruft, mehr im kurdischen Südosten zu investieren, so zeigt sich darin nicht nur der Einfluss solcher Erwartungen sondern auch, wie unterbestimmt die soziale Perspektive der »radikalen Demokratie« ist. Welche besonderen Standortvorteile sollten Investoren in Kurdistan erhalten? Angesichts der Masse an billigen Arbeitskräften in der ganzen Türkei können dies nur noch billigere Arbeitskräfte sein oder aber das Versprechen, die natürlichen Ressourcen ausbeuten zu dürfen. Da solche Ziele nicht zum Programm der HDP gehören, im Gegenteil in der kurdischen Bewegung Diskussionen zur Kollektivierung von Ressourcen geführt werden, ist mindestens rätselhaft, welche Türen Investoren geöffnet werden sollen.

Auch das umworbene alternative Regierungsmodell kann sich den kapitalistischen Dynamiken nicht entziehen. Die kurdische Bewegung streitet für eine De-Zentralisierung der politischen Verwaltung. Die Türkei soll in Verwaltungseinheiten mit umfassenden Selbstbestimmungsrechten unterteilt werden. Sicherlich steht dieses Projekt der zentralistischen Entwicklung unter der AKP entgegen. Wird dieses Ansinnen jedoch nicht durch eine soziale Perspektive untermauert, so läuft dies auf die Installierung parlamentarisch-liberaler Institutionen auf regionaler Ebene hinaus, die anschließend in einen Wettbewerb um den besten Investitionsstandort treten.

Die basisdemokratischen Initiativen, die sich nach dem Juni-Aufstand in den Parks bildeten, hätten ein Gegengewicht zur Verengung des politischen Aspekts der »radikalen Demokratie« auf einen parlamentarischen Liberalismus bilden können. Während die in der kurdischen Bewegung vorwiegende Skepsis gegenüber dieser Dynamik sich erst sehr spät legte, fehlte den meisten Initiativen der lange Atem. Zwar sind einige Folgeprojekte wie besetzte Häuser und Diskussionszusammenhänge entstan-

den, von einem richtungsgebenden Korrektiv für die HDP kann momentan jedoch keine Rede sein.

Schließlich formuliert die Partei auch sozial-politische Ziele wie die Bekämpfung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und kostenloser Zugang zu Bildung. Eine Strategie, wie diesen Anliegen Nachdruck verliehen werden soll, fehlt noch. Ohne ein nachvollziehbares Programm für die informalisierte und prekarierte Arbeiterschaft wird es kaum gelingen, das Wirkungsgefüge der AKP zu durchbrechen, das etliche integrative Mechanismen umfasst, so die Austeilung materieller Hilfsleistungen über regierungsnahen Sozialfonds, die Schaffung konfessioneller Privilegien und die Verteilung der städtischen Rendite.

Innenpolitisch vor solche Herausforderungen gestellt, wirkt sich die islamistische Dynamik im Nahen Osten auf die kurdische Bewegung als stärkste Kraft in der HDP insbesondere durch die Bekämpfung des von ihr gestützten syrisch-kurdischen Autonomiemodells seitens islamistischer Milizen aus. Die internationale Isolation des Modells, das sich bislang einer Instrumentalisierung durch den Westen entzog und im syrischen Bürgerkrieg politisch weitgehend neutral verhielt, scheint derzeit jedoch auf dem Prüfstand zu stehen. Noch werden die PKK und die mit ihr verbündeten Organisationen aus der Bündnissuche gegenüber islamistischen Organisationen ausgeschlossen. Eine Einbindung in US-amerikanisch dominierte Pläne würde ein Novum darstellen. Erste Stimmen aus der kurdischen Bewegung, die sich eine aktivere Rolle der NATO im Nahen Osten wünschen, signalisieren Bereitschaft. Wie ein demokratisches Ansinnen unter linken Vorzeichen mit einer militärischen Intervention eines sogenannten Bündnisses der Willigen, darunter auch Saudi-Arabien und Katar, die für das Erstarken des Islamismus verantwortlich gemacht werden, zusammengehen soll, bleibt hierbei ein Geheimnis. Zumal unumstritten ist, dass auf alle militärischen Interventionen unter der Führung der USA ein noch größeres Chaos und Erstarken reaktionärer Kräfte folgte.

RESÜMEE

Die Verschränkung innerer und äußerer Dynamiken wird durch den neo-osmanischen Versuch, im Nahen Osten hegemonial zu werden, bestimmt. Die Formulierung politischer Projekte in der Türkei steht zunehmend unter dem Vorzeichen dieses

expansionistischen Bestrebens. Dahinter stehen deutliche Interessen von Unternehmen, die in die südlichen Nachbarstaaten exportieren und nach Wegen suchen, an der Ausbeutung der regionalen Energiereserven teilzuhaben. Gleichzeitig öffnet dieses Bestreben die Türkei stärker gegenüber den im Nahen Osten vorherrschenden Dynamiken. Die Konfessionalisierung und Militarisierung von Politik treten hierbei als bestimmende Faktoren hervor.

Die ideologische Artikulation und kulturelle Erziehung für die Expansionsziele sind der AKP anvertraut. Innenpolitisch angekündigt und zu erwarten sind eine weitere autoritäre Zuspitzung und Konfessionalisierung ihrer Politik. Dies entspricht dem eingeschlagenen Weg, den Unmut gegenüber den mit den kapitalistischen Inwertsetzungsprojekten verbundenen Verwerfungen – massive ökologische Zerstörung, Privatisierung des Gemeineigentums, reproduktionspolitische Anpassungen, Vertreibung aus Vierteln, Überschuldung - in den Griff zu bekommen.

Die CHP wird von dem Bemühen angetrieben, eine neoliberale Alternative zur neoliberalen AKP zu formieren. Soziale und demokratische Versprechen macht die CHP keine, stattdessen versucht sie, durch konservativ-religiöse Anrufung Wählerstimmen von der AKP loszulösen. Mit ihrem kulturpolitischen Rechtsruck unter dem Vorzeichen fraktioneller Konflikte nimmt sie das Schrumpfen ihrer säkularen Basis in Kauf, derer sie sich mangels politischer Alternativen lange sicher glaubte. Der nationalistische Teil dieser Basis ist derzeit politisch orientierungslos und pendelt zwischen der CHP und der faschistischen MHP.

Der für demokratische Versprechen empfänglicheren und kulturell offeneren CHP-Basis bietet sich die HDP an, die den Unmut gegenüber Autoritarismus und polarisierender Politik in einen radikal-demokratischen Diskurs übersetzt. Indes unterläuft die kapitalistische Dynamik alle hehren Ziele einer »radikalen Demokratie«, so wie sie inzwischen die liberale Demokratie unterlaufen hat. Neue militärpolitische Einlassungen gegenüber der islamistischen Dynamik in der Region könnten das junge Bündnis zwischen linken Gruppierungen und der kurdischen Bewegung verkomplizieren. So bilden die Unschlüssigkeit hinsichtlich der Rolle von Investoren und der NATO, die Intransparenz bei politisch-strategischen Entscheidungen und die Re-

produktion parteientypischer Hierarchien zentrale Kritikpunkte innerhalb wie außerhalb der HDP stehender linker Initiativen, die sich in Abwehrkämpfen gegenüber dem neoliberalen Ausbeutungskomplex befinden und imperialistische Interventionen im Nahen Osten ablehnen. ■■■

[1] Die Bezeichnung kurdische Bewegung bezieht sich auf ein Konglomerat an Parteien, Organisationen und Initiativen, in deren Zentrum die von der PKK artikulierte Befreiungsperspektive steht. Während die führende syrisch-kurdische Partei befreundet ist, sind die beiden großen irakisch-kurdischen Parteien kein Bestandteil der Bewegung. Sie stehen für sich.

KAMPF UM KOBANÊ, AUSNAHMEZUSTAND IN DER TÜRKEI UND INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

VON ERROL BABACAN UND MURAT ÇAKIR

Seit mehr als drei Wochen wird die syrische Stadt Kobanê von schwer bewaffneten Milizen des »Islamischen Staats« (IS) belagert. Die Verteidigungseinheiten der Bevölkerung Kobanês haben trotz hoffnungslos erscheinender militärischer Unterlegenheit lange Zeit ein Eindringen des IS verhindern können. Nun finden offenbar erbitterte Häuserkämpfe statt. Zu befürchten ist ein weiteres Massaker des IS. Die Lage ist dringlich und zugleich komplex, denn der Kampf um Kobanê ist auch einer um die angemessenen Mittel internationaler Solidarität.

In ganz Europa finden Solidaritätskundgebungen für Kobanê statt. Doch welche praktische Form soll die Solidarität annehmen? Einige Bundestagsabgeordnete der Linken fordern entgegen der nach wie vor bestehenden Ablehnung von Militäreinsätzen durch die Partei einen internationalen Einsatz mit UNO-Mandat. Nach dem Vorpreschen der Linken-Abgeordneten stellt sich der kritischen Öffentlichkeit in Deutschland wieder einmal die grundsätzliche Frage, wie sie sich gegenüber internationalen Militäreinsätzen positionieren soll.

Währenddessen wandte sich der UN-Generalsekretär Ban Ki Moon mit einem Appell an alle, die die Mittel dazu hätten, zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kobanê zu handeln. Gegenwärtig stellt sich nicht nur die Frage, wer einem solchen Appell nachkommen kann, sondern auch, wie berechtigt die Hoffnung auf einen internationalen Einsatz ist, der vordringlich dem Schutz der Zivilbevölkerung und nicht anderen Interessen dient. Unter dem Eindruck eines sich ausbreitenden Flächenbrands gilt höchste Vorsicht, nicht gerade jene als Feuerwehr zur Hilfe zu rufen, die zuerst den Brand gelegt und dann noch Öl hinterher gegossen haben.

KOBANÊS FALSCHER FREUNDE

Grundlegende Zweifel sind hinsichtlich des offenbar geplanten Einsatzes von türkischen Bodentruppen angebracht. Vermutlich handelt es sich um einen international umstrittenen Plan, zuletzt erklärte Frankreich seine Unterstützung für die Einrichtung einer Pufferzone durch die Türkei,

während Großbritannien und die USA diesen Plan zumindest öffentlich ablehnten. Fest steht, ein solcher Plan macht den Bock zum Gärtner. Auffallend ist auch die Wandlung des Meinungsbilds hierzulande. Noch vor wenigen Wochen wurde von der überwiegenden Mehrheit der deutschen Medien- und Parteienöffentlichkeit die Auffassung geteilt, die Türkei betreibe die aktive Unterstützung islamistischer Milizen. Ziemlich plötzlich wird die Türkei nun kaum noch beschuldigt, aktive Kriegspartei zugunsten von Islamisten zu sein, sondern als vorsichtige Beobachterin thematisiert, der allenfalls (falsche) Zurückhaltung oder Unfähigkeit vorgeworfen wird. Sie lasse zwar schweres Kriegsgerät im Grenzgebiet auffahren, greife aber nicht ein.

Tatsächlich sind es nicht nur die Berichterstatter, die ein solidarisches Einschreiten der Türkei erwägen. Bis vor kurzem scheinen auch kurdische Politiker, die mit der türkischen Regierung verhandelten, diese Erwartung gehegt zu haben. So eindeutig das Meinungsbild auf den Solidaritätskundgebungen mit Kobanê bezüglich der Unterstützung von militanten Islamisten durch die Türkei ist, hinter den Kulissen schien diese Eindeutigkeit nicht vorhanden. So erklärte der Co-Vorsitzende der syrisch-kurdischen »Partei der Demokratischen Union« PYD, Salih Müslim, er habe kürzlich in Gesprächen mit der Türkei das Versprechen erhalten, dass diese einen Korridor entlang der syrisch-türkischen Grenze öffnen werde, um Hilfe für die belagerte Stadt aus weiter östlich liegenden syrisch-kurdischen Gebieten zu ermöglichen. Demselben Versprechen vertrauend verzichtete offenbar die kurdische Bewegung in der Türkei auf eine Massenmobilisierung und erklärte unbeirrt ihre Verbundenheit gegenüber den sogenannten Friedensverhandlungen mit der türkischen Regierung. Im Ergebnis verstrich jedoch wertvolle Zeit, die Belagerung der Stadt zog sich immer enger, während der Korridor ein leeres Versprechen blieb.

Seit nun klar ist, dass die Türkei keinesfalls gewillt ist, zugunsten Kobanês einzugreifen, hat die kurdische Bewegung die Friedensverhandlungen für gescheitert erklärt. Sie mobilisiert gemeinsam mit

linken Organisationen Hunderttausende auf die Straße und fordert die Regierung auf, die Grenze nach Kobanê für Freiwillige zu öffnen sowie medizinische und logistische Hilfestellungen für die Stadt zuzulassen. In den zurückliegenden Wochen verhinderte die Regierung mittels Militäreinsätzen gegen die an der Grenze tagein tagaus wachehaltende Bevölkerung solche Hilfestellungen. Auf die jetzigen Massenproteste reagierte die Regierung mit massiver Polizeigewalt unterstützt von bewaffneten islamistisch-nationalistischen Banden. Über mehrere Provinzen wurden zum ersten Mal seit über zehn Jahren Ausgangssperren verhängt. An einem einzigen Tag wurden Hunderte Protestierende verletzt und über ein Dutzend getötet.

Sicherlich kann es nicht der kurdischen Bewegung angelastet werden, dass sie bis zuletzt eine bürgerkriegsähnliche Eskalation in der Türkei, die absehbar mit einem Platzen der sogenannten Friedensverhandlungen einhergehen würde, zu verhindern versucht hat. Nicht die kurdische Bewegung sondern die türkische Regierung ist verantwortlich für die kriegerische Zuspitzung der Konflikte im eigenen, inzwischen auch in benachbarten Ländern. Nichtsdestotrotz stellt sich die Frage, warum immer wieder derartige Unschlüssigkeit über die Absichten der türkischen Regierung aufkommen kann. Entgegen möglicher Versprechen hinter verschlossenen Türen oder auch öffentlichen Lippenbekenntnissen des Ministerpräsidenten Ahmet Davutoğlu, man werde nicht zulassen, dass Kobanê falle, hätte allein die aktive Verhinderung von Hilfestellungen durch die Türkei ausreichen müssen, um Zweifel an der tatsächlichen Position der türkischen Regierung zu beseitigen.

WARUM WIRD ROJAVA ANGEFEINDET?

Darüberhinaus stellte die Annahme, die Türkei könne ein eigenes Interesse daran haben, zugunsten der Bevölkerung Kobanês gegen den IS einzugreifen, den gesamten Charakter der Entwicklungen in den letzten Jahren auf den Kopf. So ist die scharfe Frontstellung der Türkei gegenüber Rojava aufs engste mit ihren strategischen Zielen und der politischen Ausrichtung Rojavas verknüpft. Eine kursorische Rekapitulation der Hintergründe dieser Frontstellung mag an dieser Stelle genügen.

Ungefähr ein Jahr nach Beginn der Demonstrationen gegen die syrische Regierung begann die PYD offiziell autonome Verwaltungsstrukturen in den

vorwiegend kurdisch besiedelten Gebieten Nord-Syriens genannt Rojava (Westkurdistan) aufzubauen sowie Selbstverteidigungskräfte (YPG/YPJ) aus der Bevölkerung zusammenzustellen. Bereits zuvor tat sich die PYD durch ihr unabhängiges Agieren gegenüber der syrischen Opposition hervor. Als letztere sich in der Türkei organisierte, mit westlicher Unterstützung den bewaffneten Kampf gegen das Regime aufnahm und eine militärische Intervention forderte, sprach sich die PYD gegen eine solche Intervention von außen aus und betonte, dass ein demokratisches Syrien nur das gemeinsame Werk aller SyrerInnen sein könne.

Unter Führung der PYD wurden in drei Regionen (Afrin, Kobanê und Cizirê) demokratische Rätestrukturen aufgebaut, die Kantone genannt werden. Die Verwaltungseinheiten, so auch die Selbstverteidigungskräfte, sind charakterisiert durch Geschlechterquoten und Repräsentation von Bevölkerungsgruppen entlang ethnischer beziehungsweise religiöser Zugehörigkeit (kurdisch, arabisch, assyrisch-christlich). Dorf-, Stadtteil-, Stadt- und Regionalräte sollen eine hohe Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsfindungen sicherstellen. Demokratische Preiskontrolle, rechtsstaatliche Gerichtsbarkeit und kostenlose Schulbildung in der jeweiligen Muttersprache sind weitere Kennzeichen der demokratischen Autonomie in Rojava. Unter äußerst widrigen Bedingungen wurde dazu übergegangen, die Versorgung der Bevölkerung auf der Grundlage von Produktionsgenossenschaften zu organisieren.

Die Bevölkerung in Rojava lehnte nicht nur eine militärische Intervention in Syrien von außen ab. In Verhandlungen mit der syrischen Opposition bestand sie auch auf einer Autonomie der kurdischen Region in einem möglichen zukünftigen Syrien. Die anfangs überwiegend arabisch-nationalistische syrische Opposition lehnte beide Forderungen kategorisch ab. Die VertreterInnen Rojavas wurden von der Opposition und der sogenannten »Gruppe der Freunde Syriens« international isoliert. Diese Isolation wurde begleitet von einem Wirtschaftsembargo, das von der Türkei und der Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) im Irak umgesetzt wurde.

Die türkische Regierung erklärte, sie werde das »terroristische Gebilde« an ihrer Grenze, das sie als identisch mit der PKK ansah, nicht dulden. Die

Rivalität KRG-naher aber in Rojava gesellschaftlich schwach verankerter Parteien mit der führenden Partei YPG führte dagegen zum Bruch der Beziehungen mit dem irakischen Kurdistan. Seitdem versucht die KRG gemeinsam mit der Türkei mit allen Mitteln, Rojava zu schwächen. Selbst die Lieferung dringend benötigter Arzneimittel wurde zwischenzeitlich verhindert. Während Rojava den Angriffen islamistischer Milizen ausgesetzt war, ließ die KRG an ihrer Grenze zu Rojava einen Graben ausheben, um die Kontrolle zu verstärken.

Bereits früh formierte sich also ein Bündnis gegen Rojava, das durch Angriffe islamistischer Gruppen verstärkt wurde, die maßgeblich von Saudi Arabien, Katar und der Türkei unterstützt wurden, wie vor kurzem auch die etablierten Medien noch berichteten. Während islamistische Krieger ungehindert über die syrisch-türkische Grenze hin und her reisen konnten, wurde Flüchtlingen aus Rojava an den Grenzen zur Türkei und zum Nordirak die Einreise verweigert. Die Strategie war klar: Rojava sollte mit allen Mitteln ausgehungert werden.

ZERSCHLAGUNG DER DEMOKRATISCHEN AUTONOMIE

Wie lässt sich dieses äußerst aggressive Vorgehen erklären? Für die türkische Regierung stellt Rojava eine mehrfache Gefahr dar. Das Autonomiemodell Rojava fungiert als Vorbild für die kurdische Bevölkerung in der Türkei. Die Kantone haben erklärt, dass die natürlichen Ressourcen in Rojava kollektives Eigentum bleiben und mögliche Einnahmen zugunsten der gesamten Bevölkerung einzusetzen seien. Die Rätestrukturen, die auf Gleichheit basierenden Organisationsprinzipien und die Kollektivierung von Eigentum stehen dem konfessionellen Konservatismus der AKP und der von ihr forcierten neoliberalen Privatisierungspolitik diametral entgegen. Desweiteren bildet Rojava ein Hindernis für expansionistische Ambitionen der Türkei, ihren Einfluss auf die Region auszudehnen. Die strategisch-ökonomische Ausrichtung der Türkei steht insgesamt in einem unübersehbaren Widerspruch zum Projekt Rojava.

De facto widerspricht also die gesamte Vorgeschichte des Konflikts der Erwartung, die syrisch-kurdische Bevölkerung könnte Unterstützung von der Türkei erhalten. Ähnlich verhält es sich in Bezug auf die Regierung der Autonomen Region Kurdistan (KRG). Genossenschaftliche Produktionseinheiten, eine progressive Geschlechterpolitik,

demokratische Rätestrukturen in Rojava stehen der Gesamtausrichtung des von der Öl-Rente existierenden Quasistaats im Irak - allen Lippenbekenntnissen in der derzeitigen Lage zum trotz - entgegen.

Für den IS haben Rojava und Kobanê dagegen eine strategische Bedeutung. Wenn Kobanê in die Hände des IS fällt, wird es umso leichter, Kämpfer aus der Türkei zu rekrutieren und Waffen sowie andere Güter zu schmuggeln. Geographisch gesehen ist Kobanê das mittlere der drei Kantone. Die anderen beiden Kantone wären ohne Kobanê gänzlich voneinander abgekoppelt und ihre Verteidigung gegen weitere Angriffe des IS würde schwerer fallen.

Die Türkei versucht nun, diese Lage auszunutzen und den Angriff des IS zu instrumentalisieren, um Rojava zur Aufgabe zu zwingen und um ihr eigenes internationales Gewicht zu erhöhen. Entlarvend ist die von Davutoğlu öffentlich aufgestellte Bedingung gegenüber den USA, einen Einsatz mit Bodentruppen gegen den IS nur dann zu unterstützen, wenn das Ziel im Sturz der syrischen Regierung besteht. Offener konnte er nicht sagen, dass der Vormarsch des IS und das Morden an der syrischen Bevölkerung in Sichtweite der türkischen Grenze keine Motivation zum Eingreifen darstellen. Nun bewahrt sich der Inhalt des kürzlich vom türkischen Parlament verabschiedeten Kriegsmandats. Darin werden die PKK - für die türkische Regierung identisch mit Rojava - und der IS in einem Atemzug als terroristische Organisationen genannt. Vor die Wahl zwischen der PKK beziehungsweise Rojava und dem IS gestellt, fällt die Entscheidung der türkischen Regierung deutlich aus.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Die Türkei und die Regierung der Autonomen Region Kurdistan haben Rojava isoliert und gezielt geschwächt. Damit haben sie Rojava wie bereits zuvor den Angriffen anderer islamistischer Milizen nun auch den Angriffen des IS bewusst ausgesetzt. Dass ausgerechnet jene Kräfte nun zur Hilfe eilen sollen, die auf diese Situation hingewirkt haben, ist absurd.

Ohne Verzicht auf ihre Errungenschaften hat die Bevölkerung in Rojava auch von anderen Staaten keine substantielle Hilfestellung zu erwarten. Dass die Zerschlagung Rojavas angesichts der ziemlich verfahrenen Lage im Nahen Osten derzeit ein prioritäres Ziel der USA darstellt, ist zwar zweifelhaft.

Dennoch sind die USA sicherlich keine Freunde von Rojava, das sich allen Instrumentalisierungsversuchen zum Sturz der syrischen Regierung entzog. Prinzipiell ist davon auszugehen, dass ein rätedemokratisches Projekt mit anti-kapitalistischem Potential die Motivation der USA eher mindert, dieses vor irgendwelchen Angriffen zu schützen. Einzig die Einbindung in eine Allianz gegen den IS könnte zwischenzeitlich einen Grund zur Unterstützung liefern. Dieser Grund allein scheint jedoch zu schwach, um sich gegen die besonderen Interessen der US-amerikanischen Verbündeten in der Region - die Türkei und die Autonome Region Kurdistan im Irak - durchzusetzen. Die Situation, dass ein Mitglied der NATO gegen die Interessen eines anderen Mitglieds an dessen Grenze zugunsten Rojavas einschreiten könnte, ist schwer vorstellbar. Die strategische Partnerschaft zwischen dem Westen und der KRG, die kürzlich erst ausgebaut wurde, schwächen zusätzlich die Hoffnung für die Bevölkerung Rojavas, für ihre Rettung könnten humanitäre Gründe zum Tragen kommen.

Realistisch ist, dass die Verteidigung Rojavas weiterhin hauptsächlich durch die Bevölkerung und die Selbstverteidigungskräfte geleistet werden muss. Direkte Unterstützung erhalten sie von der PKK, der kurdischen Bevölkerung sowie einer zahlenmäßig bislang relativ kleinen aber entschlossenen linken Bevölkerung in der Türkei. Eine breite Mobilisierung in der Türkei könnte erwirken, dass der Preis für die Zerschlagung Rojavas für die AKP innenpolitisch zu hoch wird und sie sich zu Konzessionen genötigt sieht. Die Eröffnung eines Korridors für die Unterstützung von Kobanê und die Aufhebung des Embargos durch die Türkei als auch durch die KRG wären zu erreichen. Die Verhängung von Ausgangssperren, der Aufmarsch des Militärs in vielen Städten, auch in Istanbul, die Erschießung von Demonstranten sowie die Mobilisierung bewaffneter faschistischer Milizen zeigen jedoch bereits jetzt, dass die türkische Regierung bis zum Äußersten gehen wird.

Dagegen kann die Bedeutung Rojavas für die Perspektiven einer internationalistischen Linken gerade nach den reihenweise gescheiterten Aufständen in Nord-Afrika und dem Nahen Osten nicht als groß genug eingeschätzt werden. Die rätedemokratischen Kantone zeigen der gesamten Bevölkerung im Nahen Osten die Möglichkeit auf, dass eine friedliche, demokratische und an sozialer Gerech-

tigkeit orientierte Selbstverwaltung über kulturelle Differenzen hinweg aufgebaut werden kann. Rojava bildet somit ein Gegenmodell zur ethnischen und konfessionellen Polarisierung in der gesamten Region. Dass ein solches Modell bisher allein durch Selbstverteidigungskräfte, also ohne imperialistische Protektion geschützt werden konnte, stellt eine Besonderheit dar. Nun zeigt sich jedoch, dass ohne internationale Solidarität die Existenz Rojavas nicht gesichert werden kann.

Doch welche Solidarität lässt sich von hier aus üben? Eine Auseinandersetzung mit der Forderung einiger Linken-Abgeordneten nach einem militärischen Einsatz ausgestattet mit einem UNO-Mandat ist geboten. Angesichts manifester Differenzen im Sicherheitsrat erscheint diese Forderung allerdings als bloße Symbolpolitik. Da ein solches Mandat wohl kaum zustande kommen wird, hat die Forderung lediglich zum Ergebnis, dass ein zweites Mal ein friedenspolitischer Grundsatz der Partei verletzt wird. Der äußerst kurze Abstand zu Gregor Gysis Vorstoß für eine »ausnahmsweise« Waffenlieferung in eine Konfliktregion macht deutlich, in welcher kurzen Zeit die Ausnahmen zur Regel werden können.

Auch die erhobenen Forderungen von Waffenlieferungen nach Rojava garantieren gerade aus einer friedenspolitisch informierten Perspektive keine Solidarität mit Rojava. Zweifelsohne, die Forderungen aus Rojava selbst nach militärischer Hilfe angesichts eines Kriegs, bei dem es um alles oder nichts geht, sind nachvollziehbar und legitim. Das Problem einer friedenspolitischen Positionierung in Deutschland stellt sich jedoch anders. Kann die deutsche Linke garantieren, dass der von ihr eröffnete Legitimationskorridor für (deutsche oder auch nicht-deutsche) Kriegseinsätze und Waffenlieferungen, den »richtigen« Zwecken dienen wird? Da die Kräfteverhältnisse in Deutschland dies nicht einmal ansatzweise zulassen, die deutsche Linke nicht über die Macht verfügt, Einsätze und Waffenlieferungen kontrollieren zu können, muss die Antwort »Nein« lauten.

Die jüngste Erfahrung nach Gysis Vorstoß bestätigt diese Befürchtung, dass der Linken lediglich die Funktion einer Legitimationsbeschafferin zukommt. Als im irakischen Sindschar-Gebirge die jezidische Bevölkerung einem Massaker durch den IS entgegenblickte, wurde sie von den Peschmerga

der KRG schutzlos zurückgelassen. Die zur Hilfe eilenden Kräfte aus Rojava und die der PKK waren dagegen diejenigen, die wie oben bereits erwähnt in ihrem Kampf gegen islamistische Milizen von der KRG seit langer Zeit aktiv geschwächt wurden. Obwohl diese unsägliche Rolle der KRG offen liegt, wurde sie zur Retterin stilisiert und ihr unter Verletzung der UN-Charta deutsche Waffen geliefert. Während die KRG sich somit in ihrer Politik auch gegenüber Rojava bestätigt und bekräftigt sieht, kann niemand garantieren, dass sich die neuen Waffen in Zukunft nicht sogar gegen das als feindlich wahrgenommene Rojava oder die PKK richten werden.

Anstatt sich also für Kriegseinsätze und Waffenlieferungen einzusetzen, auf deren tatsächliche Umsetzung und Bindung kein entscheidender Einfluss ausgeübt werden kann, könnte sich die deutsche Linke, nicht nur die Partei, in der jetzigen Situation dafür stark machen, dass die Machenschaften des NATO-Mitglieds Türkei als das offengelegt werden, was sie sind: Eine bewusste Auslieferung der Bevölkerung Rojavas in die Hände des IS. Zentrale Forderungen aus Rojava und der Türkei könnten ohne in kriegspolitische Fallstricke zu tappen, übernommen werden. So haben die Einheiten YPG/YPJ auch erklärt, dass sie zusammen mit der PKK die Verteidigung Rojavas selbst leisten können. Die Türkei müsste diesen Einheiten nur einen Korridor auf ihrem Territorium für militärischen Nachschub und logistische Versorgung öffnen und die faktische Unterstützung des IS unterlassen. Diese Forderung möglichst laut zu stellen, ist nun notwendig. Die deutsche Regierung muss unter Druck gesetzt werden, damit sie ihrem NATO-Partner Türkei Druck macht. Ein militärisches Eingreifen der Türkei gilt es dagegen deutlich abzulehnen.

Weitergehend werden derzeit hunderttausende Protestierende in der Türkei mit massiven Polizei- und Militäreinsätzen, die die Gewaltorgien des Juni-Aufstands noch überbieten, niedergeschlagen. Die verhängte Ausgangssperre bedeutet die Aufhebung von Bürgerrechten. Sich für eine sofortige Aufhebung dieses Ausnahmezustands stark zu machen, weitere Morde zu verhindern und die Aufklärung der bereits begangenen Morde zu fordern, ist jetzt eine dringende Aufgabe internationaler Solidarität. ■

ABWENDUNG VON EUROPA? DIE EU UND DAS LIBERAL-KONSERVATIV-ISLAMISTISCHE BÜNDNIS IN DER TÜRKEI

VON AXEL GEHRING

Die türkische Juni-Revolution, die Ende Mai 2013 im Istanbuler Gezi Park ihren Ausgangspunkt genommen hatte, kann auch als ein Ereignis betrachtet werden, das die Erzählung vom Demokratisierungsprojekt unter der Ägide einer »islamisch-konservativen« AKP (Adalet ve Kalkınma Partisi - Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) beendete. Nach der lang anhaltenden freundlichen Berichterstattung in der EU über das "Modell Türkei" markiert die Revolution einen diskursiven Bruch. Wurde bis weit in die 2010er Jahre hinein die Leistung der regierenden AKP (mit Kritik an Einzelpunkten) gewürdigt, so hat sich das Bild nun gewandelt: Längst wird nicht mehr nur über ein „ins Stocken geratenes EU-Projekt“ berichtet, sondern auch die Frage nach dem Charakter des Regimes gestellt – und beantwortet: Benommen vom Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre befindet sich die Türkei unter einer immer autoritärer regierenden AKP auf dem Weg in Richtung »Osten«. Auch die türkische Unterstützung des Islamischen Staates (IS), der noch immer die syrisch-kurdische Stadt Kobanê belagert, scheint in dieses Bild zu passen. Doch bis vor nicht allzu langer Zeit würdigten dieselben Medien die AKP für ihre Politik der »Annäherung an die EU« sowie ihre »Reformen bei Demokratie und Menschenrechten« und waren fasziniert vom »Wirtschaftswunder am Bosphorus« und »den historischen Schritten der AKP bei der Lösung der kurdischen Frage«. Trotz ihrer Kontinuität zur autoritär neoliberalen Politik der Vorgänger-Regierungen wurde die AKP als radikal neue Alternative zu den »alten und korrupten Parteien«, als Ausdruck der »Subalternen Anatoliens gegen westtürkische Dominanz« und als »konservativ-demokratische« Antwort auf einen »autoritären und elitären Laizismus« wahrgenommen. So galt ihre Politik »religiöser und kultureller Pluralität« verpflichtet. Obgleich Teil einer der Selbstdarstellungsstrategie der Partei, stieß diese Wahrnehmung auf breite Resonanz – gerade unter westlichen Wissenschaftlern. Die AKP schien mit dem autoritären Erbe des Kemalismus und einem Komplex aus Militär und Staatsbürokratie gebrochen sowie einen Sprung Richtung Europa gemacht zu haben. Erst die türkische Revolution des Sommers 2013 sollte in Europa

den Blick auf die Agenda der AKP ändern: Die Errichtung eines Einkaufszentrums in Gestalt einer alten osmanischen Kaserne auf einer öffentlichen Parkfläche symbolisierte wie kaum etwas anderes die von der AKP forcierte Politik einer islamistischen Kodierung der gesellschaftlichen Reproduktion, die sich ihrerseits den Paradigmen einer neoliberalen Rationalität zu beugen hatte. Und brutale Repression gegen die Protestierenden die autoritäre Praxis der AKP-Regierung mehr als bloß symbolisch offenlegte.

Doch hat es ihn wirklich gegeben, den Schwenk der AKP Richtung »Osten«? Oder haben vielmehr die -Revolution und die türkische Unterstützung für den IS dafür gesorgt, dass weite Teile der westlichen Öffentlichkeit die gleichen Politiken, die sie bis vor kurzem als Schritte in Richtung Europa gedeutet hatten, nunmehr als eine Form autoritärer Islamisierung und Abkehr von Europa wahrnehmen? Eine Antwort auf diese Fragen muss zunächst analysieren, welche Bedeutung Europa beziehungsweise die EU für die politischen Kräfte in der Türkei hat, vor allem für das islamistisch-liberal-konservative Bündnis unter der AKP. Dies geschieht im Folgenden anhand einer kleinen geschichtlichen Exkursion...

DAS ERBE DER LIBERAL-KONSERVATIVEN: MIT EUROPA GEGEN DEN KEMALISTISCHEN MODERNISMUS

Die Gründung des türkischen Nationalstaates war von einem heterogenen Bündnis aus Intellektuellen, Offizieren, BäuerInnen und einer schwachen türkischen Bourgeoisie betrieben worden. Nach Massaker und Vertreibungen großer Teile der armenischen und griechischen Bevölkerung hatten sie während des 1. Weltkrieges einen Elitenwandel forciert, der durch die militärische Niederlage des Osmanischen Reiches 1918 wieder zur Disposition gestellt wurde. Als Reaktion darauf wurde der von 1919 bis 1922 währende »Unabhängigkeitskrieg« geführt, mit dem Ziel, eine moderne türkische Nation und einen bürgerlichen Staat zu schaffen. Die Führung des Krieges oblag wesentlich dem Militär und Teilen der Bürokratie. Im darauffolgenden Prozess des nation building nahmen sie eine expo-

nierte Rolle ein. Obwohl dieses Projekt insofern europäisch war, als zahlreiche Institutionen und ganze Gesetzbücher direkt aus europäischen Staaten übernommen wurden, war es zugleich eine »Europäisierung trotz Europa«: Die alten osmanischen Eliten wurden als abhängig von Europa wahrgenommen. Dies wiederum wurde als wichtige Ursache für das Scheitern der Modernisierungsbestrebungen des Reiches gewertet. Die nun etablierten kapitalistischen Beziehungen sollten die Türkei in die Moderne führen und auf das »Niveau der gegenwärtigen Zivilisation« heben. Moderne wurde dabei selbstredend als Entfaltung kapitalistischer Beziehungen verstanden und forciert. Zugleich negierte und unterdrückte dieser Modernismus Klassenunterschiede, was nicht nur die Lohnarbeitenden zu spüren bekamen – jede Form ihrer eigenständigen Organisation und selbstverständlich auch Streiks waren verboten – sondern nach der 1929er Weltwirtschaftskrise auch die Bourgeoisie: Nationalen Entwicklungszielen wurde unbedingt Vorrang gegeben, wobei die Definition dieser Ziele wesentlich in den Händen der kemalistischen Einheitspartei CHP (Cumhuriyet Halk Partisi - Republikanische Volkspartei) lag.

Die Entfernung der alten osmanischen Eliten und die repressive Marginalisierung der kurdischen Minderheit waren in der frühen Republik eng mit der Säkularisierung von Staat, Rechts- und Erziehungswesen durch die ehemaligen Militärs verknüpft. Mit der Schaffung zentraler Institutionen einer bürgerlich-liberalen Staatlichkeit durch die Bürokratie – und den in ihr präsenten ehemaligen Militärs – wurde der Prozess kapitalistischer Entwicklung und Rationalisierung weiter vorangetrieben.

Doch die Rolle der staatlichen Bürokratie sollte sich rasch relativieren. In den späten 1930er Jahren verlangten große Teile des Bürgertums nach mehr Autonomie von den Staatsapparaten. So bildete sich schon in der Gründungsphase der Republik eine marktliberale und kulturell konservative Strömung. Sie versuchte dem kemalistischen Modernismus einen konservativen Populismus entgegenzusetzen. Mit zunehmendem Erfolg organisierte sie ein Bündnis zwischen den alten osmanischen Eliten und der in kapitalistische Marktbeziehungen eingebundenen Landbevölkerung unter Führung einer wachsenden Unternehmer-Klasse, die sich vom Staat bevormundet fühlte. Diese Strömung

betrachtete sich als legitime Vertreterin der »einfachen Bevölkerung« gegenüber den modernistischen »bürokratischen Eliten« des Landes. Seit 1946 parteiförmig organisiert, gelang es ihr 1950 erstmals in Gestalt der DP (Demokrat Parti - Demokratische Partei) die Regierung zu stellen. 1959 stellte sie den Antrag auf Assoziierung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Damit wollte sie nicht nur einen vereinfachten Marktzugang nach Europa erreichen, sondern auch einen modernistischen Entwicklungsstaat kemalistischer Prägung verhindern.

So war die türkische Auseinandersetzung über Europa ein Widerstreit zweier Strömungen, wobei sich ausgerechnet die konservative als pro-europäische erwies: Während die kemalistischen Kräfte eine national ausgerichtete Variante kapitalistischer Entwicklung und kultureller Modernisierung bevorzugten, forcierten die liberal-konservativen Kräfte ein Projekt der Annäherung an Europa. Widerstand dagegen leisteten nicht nur kemalistische, sondern auch linke Kräfte – aus Sorge um die sozialen Folgen ökonomischer Liberalisierung, aber auch aus Angst vor dem Verlust modernistischer Errungenschaften, die sie durch ein Bündnis der Konservativ-Liberalen mit »dem Imperialismus« (vulgo EWG) bedroht sahen. So war die seit der 1960er Jahren erstarkende türkische Linke eine ausgeprägt nationalistische. Und sowohl die europäischen als auch die US-amerikanischen Eliten betrachteten nicht nur sie, sondern auch die modernistisch-kemalistische Strömung in der Türkei mit großer Skepsis.

AUFSTIEG DES POLITISCHEN ISLAM UND TRANSFORMATION SEINES EUROPABEGRIFFS

Obwohl das liberal-konservative Bündnis seither ökonomisch wie politisch die Oberhand behielt, auch durch zeitweilige linke Konjunkturen in den 1960er und 1970er Jahren nicht durchbrochen werden konnte, gewann eine Erzählung mehr und mehr an Bedeutung, die sich ausgerechnet oppositionell gab - die der Dominanz eines modernistisch-kemalistischen Zentrums über die Peripherie. So wird der Militärputsch vom 12. September 1980 noch heute als Aktion kemalistischer Eliten gelesen, obgleich wichtige Vertreter des liberal-konservativen Bündnisses um die Intervention gebeten hatten, fest in den Staatsapparaten verankert waren und auch während und nach der Junta in zahlreichen Schlüsselpositionen weiter regierten. Vielmehr war dieser Putsch ganz im Dienste des konservativen

Establishments. Er ermöglichte vor allem neoliberale Reformen auf die Agenda zu setzen, gegen die sich bis dahin gesellschaftlicher Widerstand geregt hatte. Den brauchten die Herrschenden zunächst nicht mehr zu fürchten. Die nun eingeleiteten Neoliberalisierungsmaßnahmen waren komplementär zum europäischen Binnenmarkt. 1987 stellte die konservative Regierung Antrag auf Mitgliedschaft in der EG. 1996 konnte schließlich die Zollunion mit der EU realisiert werden.

Eine Herausforderung für das Europaprojekt stellte in dieser Zeit vor allem der in der RP (Refah Partisi - Wohlfahrtspartei) organisierte politische Islam dar. Er vertrat und bündelte bereits seit den späten 1960er Jahren jene gesellschaftlichen Gruppen, die zu den Verlierern des populistischen Kapitalismus vor 1980 und des neoliberalen Kapitalismus nach 1980 gehörten: proletarisierte Massen sowie kleinere und mittelständische Kapitalisten, die sich dem ökonomischen Modernisierungsdruck nicht gewachsen fühlten – ähnlich wie vor 1980 das kemalistische und linke Spektrum. Sie traten auch für eine stärkere Protektion der türkischen Ökonomie ein und teilten den ausgeprägten Nationalismus von Linken und Kemalisten, den sie unter Bezugnahme auf die »verlorene osmanische Größe« allerdings islamisch-sunnitisch definierten. Dazu gehörten auch der Kampf gegen »kulturelle Europäisierung« und der Versuch einer Hinwendung zu den islamischen Nachbarstaaten, die als Exportmärkte an Bedeutung gewonnen hatten. Ihre Koalitionsregierung scheiterte 1997 nach weniger als zwei Jahren. Gegen die Politik der kulturellen Islamisierung formierte sich ein breites Bündnis, das von der gewerkschaftlichen bis zur feministischen Linken und den wichtigsten ökonomischen Eliten reichte. Ein Memorandum der Streitkräfte erzwang schließlich den Abtritt der ersten islamistischen Regierung in der Türkei.

Diese Erfahrung wirkte katalytisch auf die weitere Entwicklung des politischen Islam in der Türkei und veränderte auch dessen Verhältnis zu Europa: EU-Reformen nach den Kriterien von Kopenhagen boten auf einmal die Perspektive zahlreiche Staatsapparate, darunter Justiz und Militär, umzubauen und so eine Wiederholung der Erfahrung von 1997 zu vermeiden. Dass die Erzählung von der Dominanz eines modernistisch-kemalistischen Zentrums auch unter den Intellektuellen Europas verbreitet war, kam dem politischen Islam in der

Türkei zupass und wurde teils strategisch genutzt. An die Stelle der »gerechten Ordnung« – eines islamistisch-kommunitaristischen Gesellschaftsentwurfes – trat bei der sich nun formierenden AKP die »Konservative Demokratie«, präsentiert als Alternative zum bürokratischen Kemalismus. Damit war es dem politischen Islam gelungen, seine (weiterhin islamistische) Agenda als einen Europa gegenüber aufgeschlossenen, gemäßigten Konservatismus darzustellen. Aus Sicht konservativer und liberaler Intellektueller in Europa war nun die »türkische CDU« geboren, die »das Lokale« gegenüber »dem Zentrum« repräsentierte – die AKP als neoromantische Projektionsfläche. Darüber hinaus hatte der durch die Zollunion mit der EU forcierte Neoliberalisierungsprozess für nicht wenige kleine und mittlere Betriebe, die eine wichtige soziale Basis des politischen Islam bildeten, teils unerwartete ökonomische Möglichkeiten geschaffen: Sie waren in globale Produktionsnetzwerke eingebunden worden und betrachteten eine Integration in die EU nun deutlich positiver. Anfang der 2000er Jahre war der politische Islam schließlich zu einer gesellschaftlichen Kraft geworden, die sich für einen Beitritt zur EU aussprach.

Auf die schwere Wirtschaftskrise des Jahres 2001 hatte die Koalitionsregierung, die sich aus fast allen etablierten parlamentarischen Strömungen zusammensetzte, mit einem harten Sparkurs reagiert. In dieser Situation gewann 2002 als vermeintliche Alternative die neu gegründete AKP mit etwas mehr als 30 Prozent fast zwei Drittel der Mandate und konnte rasch die anderen konservativen Parteien absorbieren. Während die AKP die Strukturangepassungspolitik der internationalen Finanzinstitutionen von ihrer Vorgängerregierung übernahm, profitierte die türkische Ökonomie von den daraus resultierenden positiven Ratings und einer globalen Liquiditätsschwemme. Großangelegte Privatisierungen lockten Investitionen ins Land und sorgten für hohe Wachstumsraten. Der Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen verbesserte die ökonomischen Ratings sogar noch. Unter diesen Rahmenbedingungen platzierte die AKP durch den Umbau der Staatsapparate – vorgeblich im Dienste der EU-Reform – gezielt eigene Kader in den oberen Rängen der Macht. Obwohl das ökonomische Wachstum zur Popularität der AKP-Regierung beitrug, war der eingeschlagene Weg nicht unumstritten, denn er basierte auf der Inwertsetzung von öffentlichen Flächen und Naturressourcen, auf hohem Privat-

konsum und Verschuldung sowie auf einer rasanten sunnitisch-islamisch kodierten Gentrifizierung. Gegen all diese Aspekte gab es schon lange vor der Gezi-Revolution Widerstände, die allerdings oft lokal und fragmentiert blieben.

Eine Ausnahme bildeten die »republikanischen Kundgebungen« des Jahres 2007, die vor allem Deklassierungsängste etablierter (säkularer) Mittelschichten ausdrückten. Ihren Protest gegen die AKP brachten sie in einem kemalistisch-nationalistischen Diskurs zum Ausdruck, der sich nicht scheute, die AKP als Agentin im Dienste von »US- und EU-Imperialismus« zu bezeichnen – ohne selbst eine Alternative zur Politik der AKP formulieren zu können. Auf dem Höhepunkt der Popularität des EU-Beitrittsprozesses und nach Jahren des ökonomischen Wachstums endete auch diese Kampagne, trotz eines unterstützenden Memorandums der Türkischen Streitkräfte, in einem Wahldebakel. Für die AKP bedeuteten die gescheiterten Proteste sogar einen internationalen Reputationsgewinn. Sie konnte sich als demokratische Alternative zum Kemalismus und als entscheidende Kraft der EU-Reformen präsentieren.

Insofern in den Jahren bis etwa 2008 noch nicht alle Machtzentren innerhalb des Staates durch die AKP besetzt waren, herrschte (außerhalb der vorwiegend kurdischen Gebiete) eine relative gesellschaftliche Freiheit – was insbesondere von liberalen Kräften und der EU als Beleg für die fortschreitenden »demokratischen Reformen« gewertet wurde. Doch in Wirklichkeit waren die Reformen von Beginn an höchst selektiv gewesen. Der Umbau der Staatsapparate hatte vor allem auf jene gezielt, die sich noch nicht unter Kontrolle der herrschenden Partei befunden hatten. Und von den Resten des alten (modernistisch-kemalistischen) Entwicklungsstaates waren besonders jene Kräfte demontiert worden, die noch eine gewisse sozialdemokratische Rationalität verkörperten. Im Zuge ihrer Konsolidierung ging die AKP dazu über opponierende Kräfte gezielter zu verfolgen. Massenverhaftungen waren seit 2009 an der Tagesordnung. Obwohl offensichtlich unter fadenscheinigen Anschuldigungen durchgeführt, wurden diese Verhaftungen, gerade in Europa, zunächst als Indiz dafür gewertet, dass die AKP ihren Demokratisierungskurs fortsetzte, indem sie mit den »alten Staatseliten« aufräumte.

Dennoch blieb der internationalen Öffentlich-

keit nicht verborgen, dass die Geschwindigkeit der EU-Reformen seit den späten 2000er Jahren deutlich nachgelassen hatte und mehr und mehr EU-Verhandlungskapitel suspendiert wurden. Zugleich erwähnte die türkische Regierung immer öfter östliche Alternativen zur EU-Mitgliedschaft. Obgleich die AKP in diesem Kontext auf die neue ökonomische Stärke und wachsende internationale Bedeutung der Türkei verwies, verfestigten sich de facto erste Krisentendenzen: Steigende Handelsbilanzdefizite und ein sinkender Wechselkurs ließen die Wachstumsraten in der Türkei einbrechen. Während der Akkumulationsprozess staatlicherseits durch immer größere Bauprojekte stimuliert werden sollte, zeigten sich die ökologisch-räumlichen Grenzen dieses Wachstumsmodells. Die dadurch sinkenden Verteilungsspielräume führten zu Spannungen zwischen regierungsnahen und regierungsfernen Kapitalfraktionen. So orientierten sich türkische Unternehmen verstärkt auf die mediterran-arabischen Staaten, die als Absatz- und Investitionsraum attraktiv wurden. Die AKP begann, diese Expansion mit ihrer so genannten neo-osmanischen Außenpolitik zu flankieren. Neo-Osmanismus war aber auch ein innenpolitisches Projekt: Die nationale Erzählung der türkischen Geschichte erfuhr eine Verschiebung, indem ihre republikanischen Aspekte zurückgedrängt und die osmanischen betont wurden. Im Zuge der 2011 beginnenden politischen Umbrüche in den arabisch-mediterranen Staaten nutzte die Regionalmacht Türkei ihr »osmanisches Erbe«, um ihre Führungsposition als islamisches role model auszubauen. Dies erschien der EU sogar attraktiv: Sogenannte »moderat islamische« Parteien wie die AKP, denen es vor allem gelang, die »religiös-konservativen« Bevölkerungsteile in das marktliberale Entwicklungsmodell zu integrieren, stellten sowohl für die EU als auch für die USA die bevorzugten BündnispartnerInnen in der Region dar. Sowohl USA als auch EU nahmen die Bevölkerungen in der Region als vorwiegend »religiös-konservativ« war. In der Türkei traf der Neo-Osmanismus gleichwohl schon in den Monaten vor der Gezi-Revolution auf erhebliche Widerstände, denn Neo-Osmanismus bedeutet auch forcierte Islamisierung der Gesellschaft und wachsender Druck auf die alevitische Minderheit in der Türkei. AlevitInnen erfahren täglich, das trotz formaler Rechtsgleichheit zum Beispiel die »richtige« Konfession eine immer stärkere Rolle beim Zugang zu wirtschaftlichen Möglichkeiten spielt.

MANIFESTE KRISE DES POLITISCHEN ISLAM – ABER KEINE FUNDAMENTALE REVISION DER BEZIEHUNGEN ZUR EU

Obgleich die Gezi-Revolution im Sommer 2013 ihren Ausgangspunkt im Widerstand gegen ein vergleichsweise kleines Stadtentwicklungsprojekt nahm, konnte sie sich rasch ausbreiten, da zwischen ihrem Kampf um Lebensstile und dem Widerstand gegen sunnitischen Islamismus, Autoritarismus und neo-osmanischer Außenpolitik enge Bezüge bestehen. So bedeutet beispielsweise die kapitalistische Rationalisierung des öffentlichen Raumes durch die AKP zugleich seine neo-osmanisch ausgestattete Islamisierung: »Ihr sollt konsumieren, aber bitte auf moralisch gebotene Weise und die richtigen Produkte.« Eine wichtige Leistung der Protestbewegung bestand darin, für selbstbestimmte Lebensweisen gekämpft und zugleich auch Alternativen zum Modernismus kemalistischer Prägung greifbar gemacht zu haben. Vor allem aber demaskierte die Revolution die bis dahin in Europa populäre Erzählung vom vermeintlichen Demokratisierungsprojekt unter Ägide der AKP. Und sie verwies auf tiefe Widersprüche innerhalb des sunnitisch-neoliberalen Projektes der AKP, das mittlerweile gerade auch jene gesellschaftlichen Gruppen gefährdet, denen der politische Islam einst entsprang (fromme kleine und mittelständische Unternehmer, prekarierte Massen im anatolischen Kernland, religiöse urbane Unterschichten etc.). Der Versuch der AKP, das neoliberale Projekt neo-osmanisch zu kodieren, kann daher auch als Reaktion aus der Defensive gedeutet werden.

Dennoch gibt es keine fundamentale Revision der türkischen Beziehungen zu Europa, auch wenn dies an der Oberfläche so scheinen mag. Die liberal-konservative Strömung und der politische Islam unterhalten fest etablierte Beziehungen zur EU, die Gemeinsamkeiten untereinander überwiegen. Europa bleibt zentral für den neoliberalen Entwicklungspfad der Türkei. Er wurde auf juristischer Ebene durch die Zollunion mit der EU dauerhaft abgesichert. Die führenden türkischen Unternehmenskonglomerate, aber auch zahlreiche mittelgroße Betriebe werden nicht müde, ihre Interessen klar zu formulieren – pro EU – zumal die ökonomische Erschließung der arabisch-mediterranen Staaten bereits an seine Grenzen gestoßen ist. Dies liegt nicht zuletzt an den zahlreichen innerstaatlichen Spannungen und Kriegen in der Region.

Bis vor kurzem war die Türkei als »authentische Akteurin der Region« in einer Interessensgemeinschaft mit den europäischen und transatlantischen Akteuren, die in der Region nicht zu unmittelbar präsent sein wollten. Erst der Aufstieg des »Islamischen Staates« (IS) und dessen offensichtliche Unterstützung durch die türkische Regierung zeigen, dass gemeinsame Interessen allein nicht zwangsläufig zu den gewünschten Ergebnissen führen. Die militärische Vernichtung des IS wurde letztlich ohne die AKP beschlossen. Ihre Versuche die NATO Staaten zu einer gemeinsamen Militärintervention zum Sturz des Assad-Regimes zu überreden oder zumindest eine »Sicherheitszone« in Nordsyrien zu schaffen, die den Einmarsch türkischer Streitkräfte bedeuten würden, wirken hilflos. Sie dienen – wie auch die die Unterstützung des IS – dazu den autonomen kurdischen Kantonen an der türkischen Südgrenze ein Ende zu setzen. In der Türkei revoltiert dagegen die kurdische Bevölkerung. Diese lehnt eine türkische Intervention in Syrien ab und befürchtet in Kobanê und den anderen kurdischen Kantonen einen möglichen Völkermord durch den IS. Die AKP versucht die Revolution mit Härte niederzuschlagen. Der Kollaps des Neo-Osmanismus – als integratives Projekt – ist damit inzwischen Realität. Die stark institutionalisierten Beziehungen zu Europa aber sind geblieben. Trotz aller Rhetorik wurden sie von den führenden Akteuren der AKP – Erdoğan eingeschlossen – auch nie ernsthaft bezweifelt. Das hieße nämlich für die AKP nicht nur ihr Bündnis mit den Liberal-Konservativen zu brechen, sondern letztlich ihr sunnitisch-neoliberales Projekt in Frage zu stellen.

Dies gilt umgekehrt auch für die EU: In ihrem Fortschrittsbericht von Oktober 2013 stärkte sie der AKP-Regierung den Rücken, indem sie die brutale Niederschlagung der Revolution durch türkische Sicherheitskräfte und privat organisierte Milizen herunterspielte und »die positive Agenda« der Türkei in puncto Rechtsstaat und Grundrechte lobte. Erst im Nachklang der vergangenen Dezember bekannt gewordenen Korruptionsaffäre, äußerten hochrangige Vertreter der Union deutliche Kritik am Zustand der Gewaltenteilung im Land und forderten rechtsstaatliche Prinzipien ein – auch der aktuelle Fortschrittsbericht fällt kritischer aus, als der des letzten Jahres. Während die Gezi-Revolution also als eine innere Angelegenheit der Türkei betrachtet wurde, hatte die Korruptionsaffäre die europäischen Eliten offenkundig alarmiert. Das liberal-

konservative-islamistische Bündnis – schien für einen Moment in Gefahr. Doch für die Freund_innen »moderat-islamischer« Regierungen besteht Hoffnung: Selbst ein möglicher Kollaps der AKP muss nicht das Ende des Bündnisses zwischen Liberalen, Konservativen und Islamisten bedeuten: Die Republikanische Volkspartei CHP signalisiert inzwischen ihre Bereitschaft sich selbst zu einer Art »moderater« AKP zu transformieren und so eine neue Kraft in diesem historisch weit zurückreichenden Bündnis mit fest etablierten Beziehungen zur EU zu werden. ■■■

ERDOĞANS DILEMMA II

VON ISMAIL DOĞA KARATEPE UND ÖZGÜR GENÇ

Im Verlauf des letzten Jahres wirkte es auf viele so, als würde das hegemoniale Projekt der AKP von einer Reihe von Ereignissen, wie dem Juni-Aufstand, populären Widerständen, Korruptionsskandalen, Aufnahmen über die Versuche der Regierung einen Einmarsch ihrer Streitkräfte in Syrien anzuzetteln oder die Polarisierung zwischen der AKP und dem Gülen-Cemaat [1] erschüttert oder gar gestürzt werden. Dennoch und trotz allem gewann und behielt sie die Unterstützung ihrer WählerInnen während der Lokalwahlen im März und der Präsidentschaftswahlen im August. Die Wahlergebnisse und die fortdauernde Unterstützung der AKP zeigen, dass sie immer noch die Fähigkeit hat in großem Umfang neoliberale und konservative Hegemonie zu bilden oder wieder zu etablieren. In diesem Artikel stellen wir eine einfach formulierte, aber dennoch schwierige Frage: Wie haben Erdoğan und seine Partei – trotz der regelmäßigen Beschuldigungen und Proteste – es vermocht ihre Hegemonie oder, wie man sagen möchte, ihre »Popularität« zu behalten? Wir bemühen uns die Antworten weniger im Charisma oder in der Führerschaft der Person Erdoğan zu suchen, als vielmehr in der materiellen und ideologischen Basis. Deshalb diskutiert dieser Artikel die Beziehungen zwischen der Partei und den Kapitalfraktionen, den populären Klassen [2] sowie den anderen sozialen Kräften, um zu analysieren, wie die AKP entlang ihrer eigenen Linie unterschiedliche Elemente artikuliert.

AUFSTIEG DER ANATOLISCHEN BOURGEOISIE UND AUFSTIEG DER AKP

Die islamistischen Parteien sind seit langem von einer bestimmten Kapitalfraktion unterstützt worden, die wir als Anatolische Bourgeoisie bezeichnen. Diese Fraktion nennt sich selbst Anatolische Tiger (angelehnt an Ostasiatische Tiger), ist aber auch weithin unter den Namen »Anatolisches Kapital«, »Islamisches Kapital« und »Grünes Kapital« bekannt. Der Terminus anatolisch nimmt Bezug auf die geographischen Ursprünge dieser Fraktion. Die letzten beiden Termini beziehen sich auf ideologische Identität. Diese Fraktion ist direkt und indirekt mit einigen islamischen Bruderschaften (Sekten) und anderen religiösen Netzwerken ähn-

licher Prägung verbunden. Im Laufe der neunziger Jahre waren einige Vereinigungen von Geschäftsleuten als »Business-Flügel« islamistischer Politik etabliert worden. Diese haben eine entscheidende Rolle dabei gespielt, das Netzwerk zwischen unterschiedlichen Firmen und Städten aufzubauen.

Hand in Hand mit dem Aufstieg der Unternehmen, die der anatolischen Bourgeoisie zugerechnet werden, gingen dank der klientelistischen Netzwerke der Partei ihre weiteren Wahlerfolge – namentlich bei den Lokalwahlen 2004, 2009, 2014, den Parlamentswahlen 2007 und 2011 sowie den jüngsten Präsidentschaftswahlen. Der bevorzugte Zugang bestimmter (Kapital-)Gruppen zu Regierungsaufträgen lässt dabei Zweifel hinsichtlich des rapiden Wachstums einiger Unternehmen aufkommen. Die klientelistischen Netzwerke zwischen der AKP und diesen bevorzugten Firmen erscheinen der Ausweitung der finanziellen Basis der Partei überaus dienlich zu sein.

Jenseits solcher gegenseitiger materieller Interessen gibt es einen diskursiven Aspekt, der die gegenseitige Abhängigkeit zwischen der islamistischen Partei und der Anatolischen Bourgeoisie stärkt: Die Unternehmen fanden während der Post-1980-Periode, als die formalen Arbeitsverhältnisse und die Gewerkschaften rasch erodierten, einen fruchtbaren Boden. Industrielle Beziehungen, die vom Paradigma der flexiblen Produktion geprägt sind, wurden ebenso vom aufgekommenen islamistischen Diskurs beeinflusst.

Der islamistische Diskurs der AKP eine wichtige Rolle dabei gespielt gegenseitiges Vertrauen herzustellen und die Interessen der Arbeiterklasse und der konservativen Geschäftsleute zu harmonisieren. Der Glaube wird als eine Gemeinsamkeit gewertet. In einem solchen Setting wurde der Erfolg der AKP, der seinerseits den islamistischen Diskurs weiter stärkte, unerlässlich für die Anatolische Bourgeoisie.

All die Argumente sollen nicht so verstanden werden, als das die AKP und Tayyip Erdoğan's po-

[1] Cemaat ist die in der Türkei gängige Bezeichnung für die Gülen-Bewegung. Sie wird ihrem Charakter zwischen religiöser Sekte, wirtschaftlichen Netzwerk und politischer Bewegung am besten gerecht.

[2] Der Begriff der populären Klassen stammt aus der Staatstheorie von Nicos Poulantzas und bezeichnet die Vielzahl der Gruppen von Menschen, die nicht zu den herrschenden Klassen gehören oder wichtige Positionen in den Staatsapparaten bekleiden.

litischer Erfolg lediglich vom Aufstieg dieser einen Fraktion abhängen. Ebenso wenig trafe die Schlussfolgerung zu, die AKP-Regierungen hätten die Anatolische Bourgeoisie durch die Schwächung anderer privilegiert. Während der AKP-Periode haben die anderen Kapitalfraktionen (insbesondere große Konglomerate, wie Koç oder Sabancı) ihre gesamten Vermögenswerte, durch lukrative Investitionen und die ihnen gebotenen vorteilhaften makroökonomischen Bedingungen, drastisch erhöht. Außerdem sollten die Erfolge der einander ab folgenden islamistischen Regierungen als Fähigkeit, ein Gleichgewicht zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen zu finden, verstanden werden.

SOZIALPOLITIK AUF BASIS VON KLIENTELISMUS

Hinsichtlich der popularen Klassen sollten die Mechanismen der Redistribution und der Sozialpolitiken als Kräfte diskutiert werden, die wahrscheinlich dazu beitragen, die Unterstützung der popularen Klassen und die Wahlerfolge der Partei zu generieren. In diesem Kontext ist der Moment, in dem die AKP zur Macht kam, von entscheidender Bedeutung für ihr weiteres Regieren: Sie war direkt nach der Krise zur Macht gekommen, als sich Arbeit und Arbeitslosigkeit für viele vertieft hatten.

Es war für die AKP-Regierung unvermeidbar sich mit den Konsequenzen der Krise und sozialpolitischen Bedürfnissen zu befassen; dies machte sie in der Tat. Dennoch: die Frage ist, wie war sie in der Lage dies zu tun, ohne die neoliberale Strukturanpassung an sich herauszufordern? Sie brachte einen Mittelweg hervor: Die Neuerfindung der sozialen Hilfe ging einher mit neoliberalen sozialen Reformen: Die soziale Sicherheit wurde sich in einer Weise ausgeweitet, so dass sie weit mehr als nur die Beschäftigten des formalen Sektors erfasste. So haben ihre sozialpolitischen Maßnahmen nicht den Charakter von Rechten und sind damit nicht dauerhaft, sondern letztlich mildtätig. Ihre Mittel sind auf bestimmte Gebiete beschränkt (der größte Anteil geht an die Kommunalverwaltungen in Istanbul sowie einige Städte in denen knappe Wahlausgänge erwartet werden) oder beschränken sich auf Zeiträume vor den Wahlen und Referenden beziehungsweise auf bestimmte Klientelgruppen.

Diese Politik wird durch das Ministerpräsidentenamt, den Sozialhilfe- und Kooperationsfond (Başbakanlık Sosyal Yardımlaşma ve Dayanışma Fonu) sowie Stiftungen unter seinem Dach und von

Kommunalverwaltungen betrieben. Mittels dieser Stiftungen und Netzwerke stellt die Regierung soziale Hilfe, wie Lebensmittel, Kohle oder andere Bedarfsgüter sowie die Grüne Karte [3] für die Armen bereit. Die Reformen der sozialen Sicherung und der Gesundheitspolitik schlugen die Breschen für die Kommodifizierung des Gesundheits- und Sozialversicherungssektors, bezogen aber viele andere, die nicht im formellen Sektor tätig sind, in die soziale Sicherung mit ein; und kreierte so in den Augen der Öffentlichkeit die Illusion einer breiten und inklusiven Sozialpolitik. Nicht zuletzt so konnte und kann die AKP sich Unterstützung unter den popularen Klassen verschaffen.

Ebenso wichtig ist es kurz auf die ideologische Dimension der Stiftung von Hegemonie durch die AKP und auf ihren emotionalen Zugang zu den popularen Klassen einzugehen. Die AKP begründet ihre Wahlerfolge durch das Einsammeln der WählerInnen des rechten Spektrums, die konservative, religiöse und nationalistische Werte haben. Der Regierungsdiskurs, insbesondere der Diskurs Erdoğans über Religion, betont das Versprechen »der einen«, starken und unabhängigen Nation. Bestimmte Interventionen der Regierung in die Lebensstile der »anderen« stören konservative Menschen nicht. Sie selbst haben das Gefühl die Mächtigen zu sein, die durch die AKP über eine Stimme verfügen, die ihrer gewünschten Weise zu Leben Gehör verschafft.

EINIGUNG DER RECHTEN, ZERSPLITTERUNG DER OPPOSITION

Einer der Faktoren, der hinter den Wahlerfolgen der AKP steht, ist ihre Beziehung zu anderen sozialen Kräften, wie zum Beispiel politischen Parteien, Gewerkschaften und außerparlamentarischen Gruppen. Die AKP hat seitdem sie zur Macht gekommen ist erfolgreich eine Politik der Inklusion und Exklusion betrieben. Im Laufe der Jahre hat die Partei mehr und mehr nicht nur islamistische Werte, sondern auch nationalistische Elemente adaptiert. Durch diese Adaption hat sie die Politik der Rechten unter ihrem Schirm konsolidiert. In der Tat ist sie zum nicht herausgeforderten Machtzentrum innerhalb des rechten politischen Spektrums geworden.

Als die AKP im Jahr 2002 zum ersten Mal in den Wahlkampf zog, war die Partei nicht mehr als eine Splittergruppe der Milli-Görüş-Bewegung, entwi-

[3] Die Grüne Karte ist ein Dokument, das zur Inanspruchnahme einer kostenlosen medizinischen Grundversorgung berechtigt. Ihre Beantragung und Prüfung durch lokale Autoritäten tragen stark klientelistische Züge.

ckelte sich aber zum Sammelbecken der rechten Bewegungen mit Ausnahme der ultrarechten und ultranationalistischen Nationalen Bewegungspartei (MHP). Doch auch die Herzen von MHP-WählerInnen hat die AKP bei vielen Gelegenheiten, wie zum Beispiel beim Verfassungsreferendum im Jahr 2010, für sich gewinnen können. Seitdem die AKP zur Macht kam sind andere rechte Parteien und außerparlamentarische Gruppen marginalisiert worden (in einigen Fällen sind sie schlicht ausgetrocknet) oder sie wurden Teil der Partei. Einige Kader solcher Parteien, die zur AKP wechselten, stiegen schnell in der Hierarchie der Partei auf. Zum Beispiel löste sich die islamistische Partei »Stimme des Volkes« (HSP) auf, um der AKP beizutreten und Nurman Kurtulmuş, der ehemalige Vorsitzende der HSP, wurde stellvertretender Ministerpräsident in der jüngst gebildeten 62. Regierung der Türkei.

Die herrschende Partei hat sich nie verweigert Allianzen gegen ihre Feinde einzugehen. In ihren ersten Jahren bildete die AKP zum Beispiel Allianzen mit Linksliberalen gegen die nationalistische Opposition. Seit Kürzere tendiert sie dazu, Allianzen mit nationalistischen Kräften gegen ihre neuen Feinde, wie der Gülen-Bewegung [4] – eine der einflussreichsten islamistischen Bruderschaften – einzugehen. Die Gülen-Bewegung, die lange als Erdogans treuester Verbündeter gesehen wurde, wird nun von AKP-Kadern als öffentlicher Feind dargestellt. Das Formen von Allianzen sollte aber nicht vereinfacht im Kontext eines Verständnisses von »der Feind meines Feindes ist mein Freund« diskutiert werden. Vielmehr haben Allianzen stark zur ideologischen Vorherrschaft der Partei beigetragen.

Die AKP konnte stark von einer fragmentierten Opposition profitieren, wie es auch kürzlich bei den Präsidentschaftswahlen zu beobachten gewesen ist. Recep Tayyip Erdoğan und andere führende AKP-Kader haben von den ideologischen Differenzen zwischen den oppositionellen Kräften profitiert. Sie waren erfolgreich im Befestigen der Demarkationslinie zwischen der Kurdischen Bewegung und der nationalistischen/selbsterklärten sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei CHP. Es ist ihnen auch gelungen, die sozialistischen Bewegungen von anderen oppositionellen Kräften, wie Gewerkschaften, Berufsverbänden [5] und popularen Bewegungen, zu isolieren – zum Beispiel während des Juni-Aufstands durch Kriminalisierung (Mar-

ginalisierung) der ersteren und Minimierung der Forderungen der letzteren.

KONSOLIDIRTER RECHTSBLOCK UND WACHSENDE PARAMILITARISIERUNG

Allerdings sollte uns dieses Argument nicht zu der Annahme verführen, dass Maßnahmen des Zwangs ein selten eingesetztes Instrument sind, um Dissidenten zu unterdrücken. Die Partei mobilisierte außerparlamentarische militante Gruppen, wie zum Beispiel im Jahr 2013 während der Juni-Revolte oder kürzlich während der Proteste gegen den Islamischen Staat (IS). Die Mobilisierung als solche zeigt, dass die AKP ihre breite nationalistisch/islamistisch-rechte Basis konsolidiert hat – nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Der konsolidierte Rechtsblock war eines der wichtigsten Instrumente, um während der Revolten die Straßen zu kontrollieren.

Die AKP ist darin erfolgreich gewesen, Konsens von verschiedenen sozialen und politischen Gruppen sowie den popularen Klassen zu organisieren, um ihre hegemonialen Projekte zu bilden und zu realisieren. Trotz der Wahlergebnisse, die einige Segmente der Gesellschaft in der Türkei überrascht haben, hilft der nähere Blick auf die Beziehungen der verschiedenen Gruppen zu verstehen, woraus sich die Unterstützung für die Regierung zusammensetzt, die ihren Wahlerfolg ausmacht. So entsteht ein besseres Verständnis für die Artikulation der unterschiedlichen sozialen Kräfte im politischen Prozess. Zusammen mit diesen außerparlamentarischen paramilitärischen Kräften und der Kontrolle der Partei über die Justiz, ist allerdings für die Zukunft mit noch mehr repressiven Maßnahmen zu rechnen. Darin liegt aktuell Erdogans Dilemma. Insofern die AKP Zwang forciert, treibt sie die Polarisierung voran, und relativiert so Trennendes zwischen den unterschiedlichen oppositionellen Kräften, was den Weg für außerparlamentarische Politik öffnen kann. ■

[4] Hintergrund zur Auseinandersetzung zwischen dem Gülen-Cemaat und der AKP: Babacan, E. (2013) Vom Juni-Aufstand zur Palastrevolution – Korruption in der Türkei: <http://infobrief-tuerkei.blogspot.de/2014/02/vom-juni-aufstand-zur-palastrevolution.html>

[5] In der Türkei sind einige Berufsverbände zum Teil deutlich politischer ausgerichtet als in Deutschland. Sie waren, wie derjenige der ArchitektInnen und StadtplanerInnen, von Beginn an in den Gezi-Protesten präsent.